

Dr. Jan-Marco Luczak

informiert aus dem Bundestag



Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg

Ausgabe Oktober 2015



Dr. Jan-Marco Luczak
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Recht und Verbraucherschutz

Mitglied im Unterausschuss
Europarecht

Stellv. Mitglied im Innenausschuss
und im Umwelt- und Bauausschuss

**Direkt gewählt –
direkt erreichbar:**

Bürgerbüro Dr. Jan-Marco Luczak
Tempelhofer Damm 158/160
12099 Berlin

Tel: 030 – 2277 1878

Fax: 030 – 2277 6978

jan-marco.luczak@bundestag.de

www.luczak-berlin.de

Ihr Abgeordneter vor Ort:

**Diskussion zum Thema
„Sterbehilfe“**

Mo., 2.11.2015, ab 19 Uhr,
CDU-Geschäftsstelle,
Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin

CDU-Infostand

Sa., 14.11.2015: von 10-12 Uhr, vor
Reichelt, Goltzstr. 1, 12307 Berlin

**Diskussion zum Thema
„Wohnungspolitik in Berlin“**

Di., 24.11.2015, ab 19:30 Uhr,
CDU-Geschäftsstelle,
Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin

Den Flüchtlingsstrom bewältigen

**ZUFLUCHT GEWÄHREN, ASYLVERFAHREN BESCHLEUNIGEN,
FEHLANREIZE BESEITIGEN**

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg,

wir erleben derzeit einen gewaltigen Zustrom von Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt. Unsere Demokratie, unser Wohlstand und unsere Weltoffenheit machen Deutschland attraktiv.

Für mich ist klar: Wer in seinem Heimatland verfolgt wird oder vor Krieg flüchtet, dem **gewähren wir Zuflucht**. Das ist nicht nur ein verfassungsrechtliches Gebot, sondern auch unsere menschliche Pflicht. Die große Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland kann uns zurecht stolz machen.

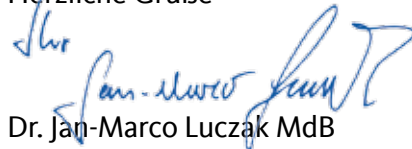
Wahr ist aber auch: Unser Land steht damit vor einer riesigen Herausforderung. Unsere **Kapazitäten und unsere Integrationskraft sind nicht unerschöpflich**. Deswegen gilt für uns als Union: Wer kein berechtigtes Asylinteresse hat, kann nicht dauerhaft hier bleiben, sondern muss schnell und konsequent abgeschoben werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die wirklich Schutzbedürftigen angemessen untergebracht und bestmöglich integriert werden.



Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um **Asylverfahren zu beschleunigen und Fehlanreize zu beseitigen**: Albanien, Kosovo und Montenegro gelten künftig als sichere Herkunftsstaaten. Die Behörden erhalten mehr Personal. Wo immer möglich, gibt es Sachleistungen anstelle von Geldzahlungen. Ausreisepflichtige erhalten nur noch ein Minimum an Leistungen. Der Bund unterstützt die Länder bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge mit zusätzlichen Mitteln. Die Strafbarkeit von Schleusern wird verschärft.

Letztlich brauchen wir auf die Flüchtlingsfrage aber eine **europäische Antwort**. Deutschland kann diese Aufgabe nicht alleine schultern. International müssen zudem die Fluchtursachen bekämpft und eine angemessene Versorgung der Flüchtlinge vor Ort sichergestellt werden.

Herzliche Grüße


Dr. Jan-Marco Luczak MdB



www.luczak-berlin.de

Kurz notiert

Kriminelle Netzwerke besser bekämpfen

Der Bundestag berät derzeit auf Druck der Union über das Gesetz zur Speicherpflicht von Verbindungsdaten. Damit sollen Polizei und Ermittlungsbehörden bei schweren Straftaten Zugriff auf wichtige Daten erhalten, um Straftäter und kriminelle Netzwerke ausfindig zu machen. Gespeichert werden keine Kommunikationsinhalte, sondern lediglich Verbindungsdaten und Standortinformationen. Die Speicherdauer beträgt maximal zehn Wochen.

Wein- und Winzerfest war voller Erfolg

Das Wein- und Winzerfest am Dorfteich in Lichtenrade war wieder ein echter Höhepunkt mit zahlreichen Besuchern. Als Schirmherr freute sich Jan-Marco Luczak besonders, dass in diesem Jahr wieder alle gemeinsam diese wunderbare Tradition gepflegt haben. Er dankte den Organisatoren von Family & Friends, der Aktionsgemeinschaft Bahnhofstraße und den ehrenamtlichen Helfern, die sich seit Jahren für diese Veranstaltung einsetzen.

Bund fördert Wohnraum für Studenten

Die Bundesregierung fördert den Bau von günstigen Studentenwohnungen zusätzlich mit mehr als 120 Millionen Euro. Die Förderrichtlinie sieht vor, dass die Miethöhe für mehrere Jahre konstant bleiben muss. Der Bund unterstützt damit die Bundesländer, in deren Verantwortung die soziale Wohnraumförderung liegt.

Newsletter

Abonnieren Sie den Newsletter: jan-marco.luczak@bundestag.de

Zitat des Monats

„Wenn Flüchtlinge in Europa Schutz erhalten, dann können wir auch von ihnen erwarten, dass sie eine Verteilung akzeptieren. Es kann hier keine freie Wahl des Aufenthaltsorts geben. [...] Es kann nicht unsere Pflicht sein, Flüchtlingen Leistungen nach deutschem Recht zu zahlen, die einem anderen EU-Land zugewiesen wurden und trotzdem nach Deutschland kommen.“

[Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 13. September 2015.]

Gemeinschaftshaus Lichtenrade bleibt erhalten

LUCZAK KÄMPFT ERFOLGREICH GEGEN HAUSHALTSPLAN DES BEZIRKSAMTES

Eine mögliche Schließung des Gemeinschaftshauses sorgte in Lichtenrade für Verunsicherung. Denn im Entwurf des Haushaltsplanes für Tempelhof-Schöneberg hatte Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) die Existenz des Gemeinschaftshauses Lichtenrade in Frage gestellt, um Kosten zu sparen. Der Lichtenrader Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) nahm sofort den Kampf gegen diese Pläne auf. „Hände weg vom Gemeinschaftshaus, Frau Schöttler!“, warnte er. „Die Pläne der

Bezirksbürgermeisterin wären ein Schlag ins Gesicht der vielen ehrenamtlichen Vereine, die das Haus regelmäßig für Konzerte, Auftritte und Veranstaltungen nutzen“, so Luczak. Er verwies auf die Benefizkonzerte der AG Bahnhofstraße, internationale Turniere des Schachclubs, die Seniorenfreizeitstätte sowie die Auftritte des Kindermusiktheaters. Die Einrichtung sei das kulturelle Herz von Lichtenrade. Mit so viel Widerstand hatte die Bezirksbürgermeisterin wohl nicht gerechnet. Schöttler ruderte zurück. Und inzwischen hat auch die Bezirks-



Jan-Marco Luczak kämpft für das Gemeinschaftshaus.

verordnetenversammlung auf Antrag der CDU den Erhalt beschlossen – mit den Stimmen der SPD. „Es ist bemerkenswert, dass die SPD-Fraktion die eigene Bezirksbürgermeisterin zurückgepfiffen hat“, so Luczak. Entscheidend sei aber, dass sich die Lichtenrader gemeinsam mit der CDU durchgesetzt hätten. ■

Korruption im Gesundheitswesen künftig strafbar

KOALITION SCHLIESST GESETZESLÜCKE

Die Bundesregierung will Korruption im Gesundheitswesen künftig unter Strafe stellen. Dazu sollen neue Straftatbestände der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen im Strafgesetzbuch verankert werden. „Der Gesetzentwurf schließt eine Strafbarkeitslücke und ist ein klares Signal, dass wir korruptes Verhalten im Gesundheitswesen konsequent bekämpfen“, sagt Dr. Jan-Marco Luczak. Er ist als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion federführend für das Gesetz verantwortlich. „Wir setzen damit einen verbindlichen Rechtsrahmen für einen fairen Wettbewerb und schützen das Vertrauensverhältnis zwischen Patienten, Ärzten und allen in den



Bundesregierung will Lücke im Strafrecht schließen.

Heilberufen Tätigen“, sagt er. Ein Patient müsse sich darauf verlassen können, dass die Verordnung eines Medikaments oder die Empfehlung eines Krankenhauses allein aus medizinischen Gründen erfolgt. „Irgendwelche Vorteile dürfen dabei keine Rolle spielen“, so Luczak. ■

„Vertrauen zwischen Arzt und Patient schützen“